1934 – 1945

Der sozialistische
kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 5/6 Mai/Juni 1989 5 Schilling

Am Vorabend des Hitlerkrieges

Vor 50 Jahren sprachen die Nazis vom Frieden und rüsteten zum Krieg

Im Sommer 1939 wurde die Nazipropaganda zur Verschleierung der Kriegsvorbereitungen wesentlich verstärkt. In den gleichgeschalteten Medien, in Presse und Radio, wiederholten die Nazipropagandisten mit ermüdender Monotonie, daß Hitler den Frieden will. Sie gingen dabei von der Annahme aus, daß Hitlers „Mein Kampf" nicht gelesen wurde. Legte doch Hitler in seinem Buch begeisterte Bekenntnisse zum Krieg ab und bekannte sich offen zur Rache für die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg.

In diesem Sommer 1939 begannen viele zu begreifen, was der Inhalt der Hitlerschen Arbeitsbeschaffung war. Als Österreich im März 1938 von Nazideutschland überfallen wurde, verkündeten die Nazis: Jetzt wird die Arbeitslosigkeit überwunden, wie es der Führer versprochen hat. Und tatsächlich gab es für eine ständig wachsende Zahl von Arbeitslosen plötzlich Arbeit.

Nun stand fest, daß die meisten, die Arbeit bekommen hatten, direkt oder indirekt für die Kriegsrüstung arbeiteten. Es wurden Waffen produziert, strategisch wichtige Straßen gebaut, aber der Bau von Wohnungen war nicht vorgesehen.

Im Sommer 1939 stand die Welt noch unter dem Eindruck der Besetzung Prags am 15. März. Als nach dem Märchen, Hitler müsse die Sudetendeutschen befreien, die deutschen Truppen in Böhmen und Mähren einmarschierten, konnte von einer nationalen Befreiung keine Rede mehr sein. Die Hakenkreuzfahne auf dem Hradschin in Prag sagte der ganzen Welt: Es geht nicht um die Sudetendeutschen, sondern um die Zerschlagung der Tschechoslowakei, deren Gebiet und deren Wirtschaftsressourcen für den kommenden Krieg von großer Bedeutung sind. Allmählich, zögernd und inkonsequent, wurde auch in London und Paris der Ungeist von München überwunden. Zumindest ein Teil der Franzosen und Engländer begann zu begreifen, daß ein Engagement mit Hitler nicht der Sicherung des Friedens, sondern der Vorbereitung des Krieges dient.

Im besetzten Österreich erstarkte 1939 der illegale Widerstand gegen die nazistische Gewaltherrschaft. Menschen aus verschiedenen politischen und weltanschaulichen Lagern rückten einander näher, versuchten gemeinsam den braunen Hauptfeind zu bekämpfen. Es kam in der sogenannten Ostmark zu vielen Verhaftungen und Einlieferungen in die Konzentrationslager. Auch das war ein Stück Kriegsvorbereitung.

Kundgebung
zum Gedenken an
den Kriegsausbruch
am 15. September 1989
in Wien

Als am 1. September 1939 der Krieg durch den Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen ausgelöst wurde, war das für bewußte Antifaschisten keine Überraschung. Sie hatten das Friedensgerede der Nazipropaganda nie ernst genommen. Vor allem galt das für die Organisation der illegalen Arbeiterbewegung: Sozialisten, Kommunisten und Freie Gewerkschaft. Sie hatten bereits vor der Besetzung Österreichs, noch unter dem austrofaschistischen Regime, in Zeitun-

(Fortsetzung auf Seite 2)

„Millionen Tote mahnen"

Anfang April 1989 wurde auf Initiative des Bürgermeisters von Braunau am Inn, Gerhard Skiba, vor Adolf Hitlers Geburtshaus ein Gedenkstein mit der Aufschrift „Für Frieden, Freiheit und Demokratie – Nie wieder Faschismus – Millionen Tote mahnen" enthüllt. Der Stein stammt aus dem Steinbruch des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen. In einem von Rosa Jochmann und Josef Hindels unterzeichneten Telegramm dankte der Bundesvorstand der Freiheitskämpfer Bürgermeister Skiba für seine aufrechte und antifaschistische Haltung. „Angesichts der Beschimpfungen und Morddrohungen bringen wir unsere Solidarität dem Bürgermeister und allen aufrechten Bürgern von Braunau zum Ausdruck. Der Gedenkstein vor dem Geburtshaus Adolf Hitlers erinnert an die Schrecken des Faschismus und des Krieges. Er mahnt uns, dafür zu sorgen, daß sich das Furchtbare nicht wiederholen kann", heißt es in dem Telegramm (Foto: W. Baier, Braunau/Inn)

Vor 50 Jahren: Sieg des Faschismus in Spanien

1936 putschten faschistische Generäle in Spanien gegen die Republik. An ihrer Spitze stand General Franco, der für Jahrzehnte zum Henker des spanischen Volkes werden sollte. Aber Spaniens Antifaschisten waren nicht bereit, vor dem Staatsstreich zu kapitulieren. Sie setzten sich mutig zur Wehr und erreichten bei der Verteidigung der Republik bemerkenswerte Erfolge. An ihrer Seite kämpften die Internationalen Brigaden, denen Antifaschisten aus vielen Ländern angehörten. Die Österreicher, die in diesen Brigaden kämpften, sahen im Widerstand gegen Franco die Fortsetzung des Februar-Kampfes 1934.

Franco konnte sich während des ganzen Bürgerkrieges auf die militärische Hilfe stützen, die er aus dem Deutschland Hitlers und aus dem Italien Mussolinis bekam. Aber es handelte sich keineswegs nur um Waffenlieferungen. Auch militärische Einheiten, vor allem aus Nazideutschland, nahmen auf spanischem Boden am Kampf gegen die Republik und die rechtmäßige Regierung des Landes teil.

Vor 50 Jahren, im Sommer 1939, knapp vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, siegte in Spanien mit deutscher und italienischer Hilfe der Faschismus. Dieser Sieg der faschistischen Barbarei wäre kaum möglich gewesen, wenn die Westmächte sich nicht auf die verhängnisvolle Politk der „Nichteinmischung" festgelegt hätten. Sie verweigerten der spanischen Republik jede Hilfe und besiegelten damit ihren Untergang.

Die Sowjetunion unterstützte Spanien mit Waffenlieferungen, wenn auch in unzureichendem Ausmaß. Hinzu kam, daß damals in Moskau noch Stalin fest im Sattel saß. Er übte einen verhängnisvollen Einfluß auf die sowjetische Politik gegenüber der spanischen Republik aus: Die Waffenlieferungen wurden mit Bedingungen verknüpft, die im Widerspruch standen zum Freiheitswillen des spanischen Volkes.

Nazideutschland hat den spanischen Bürgerkrieg nicht nur dazu benützt, in einem weiteren europäischen Land den Faschismus an die Macht zu bringen. Auf den Schlachtfeldern Spaniens wurden auch Waffen erprobt, die dann nach kurzer Zeit im Zweiten Weltkrieg eingesetzt werden konnten.

Nach der Niederlage der spanischen Republik flüchtete ein großer Teil der Mitglieder der Internationalen Brigaden nach Frankreich. Diese Antifaschisten wurden von der französischen Regierung wie Feinde behandelt. Sie kamen in Internierungslager, manche wurden zur Fremdenlegion verschickt. Als zu Beginn des Zweiten Weltkrieges Frankreich von Nazideutschland besetzt wurde, haben die französischen Behörden, im engsten Einvernehmen mit der Gestapo, Spanienkämpfer an Hitler-Deutschland ausgeliefert. In den Konzentrationslagern gab es Gruppen dieser Spanienkämpfer, die in den Widerstandsorganisationen der Häftlinge eine wichtige Rolle spielten. Auch die Spanien-Kämpfer sollten im Gedenken an die 50jährige Wiederkehr des Beginns des Zweiten Weltkrieges nicht vergessen werden.

„Ich hielt es für ausgeschlossen . . ."

Rosa Jochmann im Sommer 1939

War es dir möglich, über das Schicksal verhafteter Freunde etwas zu erfahren?

Rosa Jochmann: Rudolfine Muhr vermittelte mir einen Arbeitsplatz in einem jüdischen Geschäft am Salzgries, ganz in der Nähe des berüchtigten Hotel Metropol, in welchem die Gestapo amtierte. In der Mittagszeit bin ich immer um das Hotel Metropol geschlichen, und eines Tages traf ich dort unseren heutigen Bundeskanzler, Dr. Bruno Kreisky. Er war ganz mager und in einem Zustand, wie man eben ist, wenn man aus dem Gestapo-Keller kommt. Wir sind schnell aneinander vorbeigegangen, und er hat mir zugeflüstert: „Ich habe ein Ausreisepapier, hoffentlich klappt es." Ein anderes Mal habe ich die Käthe Leichter gesehen, als sie irgendwohin überstellt wurde. Mit ihr war ich später im KZ Ravensbrück lange zusammen.

Wann wurdest du von der Gestapo verhaftet?

Rosa Jochmann: Am 22. August 1939, und zugleich alle anderen Genossen, die der Polizei irgendwie bekannt waren, unter ihnen zum Beispiel auch der spätere Minister Karl Maisel.

Rosa, hast du gewußt, was auf dich zukommt?

Rosa Jochmann: Ich habe es nur insofern gewußt, als wir in der Illegalität das Buch „Die Prüfung" von Willi Bredel vertrieben haben. Dieses Buch las ich in einer Nacht aus. Bei unserer nächsten Sitzung, wir mußten uns in einem Wald bei Neusiedl verstecken, sagte ich: „Was in diesem Buch steht, kann nicht war sein, so etwas gibt es nicht." Bredel, ein deutscher Kommunist, schilderte in dem Buch seine furchtbaren Erlebnisse in der Nazi-Haft. Ich hielt es für ausgeschlossen, daß Menschen andere Menschen so grausam behandeln könnten. Franz Rauscher sagte zu mir: „Rosa, die Wirklichkeit ist noch viel ärger, als in diesem Buch beschrieben wird."

Wann wurdest du in das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück eingeliefert?

Rosa Jochmann: Am 21. März 1940 gingen wir von Wien aus auf Transport und waren drei Wochen unterwegs. Im April trafen wir ein.

(Aus: Rosa Jochmann, Zeitzeugin, hg. von Maria Sporrer und Herbert Steiner, Europa-Verlag)

(Fortsetzung von Seite 1)

gen, Broschüren und Flugblättern vor der Kriegsvorbereitung Hitlers eindringlich gewarnt. Aber viele Vertreter der illegalen Arbeiterbewegung konnten 1939 nicht mehr am Kampf gegen Hitler teilnehmen, weil sie in den Konzentrationslagern und Gefängnissen waren, oder sich in der Emigration befanden.

Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus wird im September 1989 – der genaue Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben – an den Kriegsausbruch vor 50 Jahren bei einer gemeinsamen Kundgebung mit anderen Organisationen erinnern. Nachstehend veröffentlichen wir Tatsachenmaterial, das uns vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands zur Verfügung gestellt wurde, über die Verfolgung von Antifaschisten im Jahre 1939. Daraus ist zu ersehen, wie sehr das NS-Regime den antifaschistischen Widerstand am Vorabend des Krieges gefürchtet hat.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:
Dr. Franz Danimann, Herbert Exenberger, Josef Hindels, Leo Lesjak, Otto Skritek, Hans Waschek.

Auschwitz: Gedenken auf blutgetränktem Boden

Kranzniederlegungen in den ehemaligen Konzentrationslagern Auschwitz und Birkenau bildeten den Höhepunkt einer Gedenkreise, die eine Gruppe von 60 Mitgliedern des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus vom 30. März bis 2. April 1989 nach Polen unternahm.

Genossin Erna Musik bei ihrer Gedenkrede im Österreich-Raum auf dem Gelände des ehemaligen KZ Auschwitz.

Die stellvertretende Vorsitzende unseres Bundes, Genossin Erna Musik, sprach im Österreich-Raum auf dem Gelände des ehemaligen Stammlagers Worte des Gedenkens. Wir stehen hier im wahrsten Sinne des Wortes auf blutgetränktem Boden, sagte sie, hier befand sich das Zentrum des millionenfachen Mordes, verübt durch den verbrecherischen NS-Staat. Die Opfer waren Frauen, Männer und Kinder aus allen von der Hitler-Wehrmacht besetzten Gebieten Europas, insbesondere aus dem Osten, aus Polen und der Sowjetunion. Nicht nur Widerstandskämpfer, oder wer als solcher galt, wurden ohne jedes Verfahren liquidiert, sondern ganze als „Untermenschen" bezeichnete Menschengruppen, Juden, Zigeuner, sogenannte Asoziale und Behinderte. An all das sollten wir denken, wenn wir hier stehen, sagte Genossin Musik.

Beim internationalen Mahnmal an der Rampe von Auschwitz-Birkenau sprach Genosse Kurt Schmidt. Unter den zahlreichen Menschen, die hier starben, waren auch viele Österreicher, sagte er. Die genaue Zahl ist leider nicht bekannt. Es waren darunter auch viele bekannte Namen, wie die der Sozialisten Robert Danneberg, Gemeinderat Eduard Reismann und Rechtsanwalt Dr. Heinrich Steinitz, Schutzbundverteidiger im Jahre 1934. Aber auch unter den Menschen, die hier unter den furchtbarsten Bedingungen gegen Tod und Vernichtung kämpften, waren Österreicher, so die Häftlingsärzte Dr. Ella Lingens und Dr. Otto Wolken, beide überzeugte Sozialisten. Beide haben Auschwitz überlebt.

Kranzniederlegung beim internationalen Mahnmal auf dem Gelände des ehemaligen KZ Auschwitz-Birkenau (links: Genosse Kurt Schmidt). (Fotos: Hans Waschek)

Vor 50 Jahren: Volksgerichtshof gegen RS

Vor 50 Jahren, am 9. Juni 1939, trat der Volksgerichtshof erstmals in Wien zusammen. Angeklagt war eine Gruppe von sieben „Revolutionären Sozialisten". Sie waren angeklagt, „vom März bis Juli 1938 in Wien und an anderen Orten des Landes Österreich gemeinschaftlich das hochverräterische Unternehmen, mit Gewalt die Verfassung des Reiches zu ändern, vorbereitet zu haben." Friederike Nödl wurde zur Last gelegt, eine illegale Kasse der „Sozialistischen Arbeiterhilfe" verwahrt und verwaltet zu haben. Aus dieser Kasse habe sie Geldbeträge an Karl Holoubek und Wilhelmine Moik ausbezahlt, die diese Geldbeträge der Unterstützung von Angehörigen politischer Gefangener entweder selbst oder durch Mittelsmänner, wie Andreas Stampler und Erwin Scharf, zugeführt haben. Franz Mayer und Josef Pfeffer versuchten, der Anklageschrift zufolge, politische Flüchtlinge über die Grenze in die Schweiz zu schmuggeln.

Friederike Nödl, Karl Holoubek und Wilhelmine Moik wurden zu je zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, Erwin Scharf und Franz Mayer zu je zwei Jahren, Andreas Stampler und Josef Pfeffer zu je eineinhalb Jahren.

Ein politisches Urteil

Der Prozeß des Volksgerichtshofes in Wien gegen die „Revolutionären Sozialisten"

Am gestrigen 10. Juni wurde der zweite Prozeß anläßlich der Verhandlung des Volksgerichtshofes in Wien gegen sieben ehemalige Mitglieder der sogenannten „Revolutionären Sozialisten" mit einer Verurteilung sämtlicher Angeklagten zu Strafen von einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis bis zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus bei fast vollständiger Anrechnung der Untersuchungshaft zu Ende geführt.

Einer der Hauptgründe der beispiellosen Erfolge des Nationalsozialismus auf allen Gebieten des Lebens in den kurzen Jahren seit der Machtübernahme im Altreich beruht neben der einmaligen Führerschaft Adolf Hitlers auf der Tatsache, daß es gelungen ist, an Stelle eines Kampfes aller gegen alle eine neue Gemeinschaft aufzurichten. Das bindungslose Chaos ist ersetzt worden durch eine Ordnung der Kräfte, die jedem seinen Platz zuweist und alles Schaffen und Denken in neue Beziehungen zueinander gebracht hat. Wir kennen keine „Freiheit des Individuums" mehr, sondern nur noch den Einsatz für die Volksgemeinschaft, das „Recht auf den eigenen Körper" hat der Verpflichtung gegenüber Sippe und Volk weichen müssen, der wirtschaftliche Egoismus wird mehr und mehr abgelöst durch das Bekenntnis zur Gemeinschaftsleistung, und eine sogenannte objektive Wissenschaft hat einen neuen [illegible]

sieben ehemalige Mitglieder der „Revolutionären Sozialisten", die nach dem Umbruch größere Geldbeträge zur Verteilung gebracht oder andere Unterstützungsaktionen versucht hatten. Insgesamt standen fast 9000 Reichsmark zur Verfügung, von denen fast 4000 Reichsmark verteilt wurden, während der Rest sichergestellt werden konnte. Weiter wurde der Versuch unternommen, illegale Grenzübertritte zu ermöglichen. Insgesamt erfüllt diese Tätigkeit den klaren Tatbestand der Aufrechterhaltung eines verbotenen organisatorischen Zusammenschlusses und damit der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens. Entsprechend den gesetzlichen Vorschriften ergab sich damit die Notwendigkeit, dieses Verbrechen vor dem Volksgerichtshof abzuurteilen. Und so standen am 9. und 10. Juni im Schwurgerichtssaal des Wiener Landesgerichtes I zwei Frauen und fünf Männer vor dem unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Engert stehenden Senat des Volksgerichtshofes bereit, nun das über sich ergehen zu lassen, was sie in den Jahren ihres marxistischen Einsatzes die „nationalsozialistische Klassen- und Blutjustiz" genannt haben.

Schon der äußere Rahmen der Verhandlung entspricht allerdings keineswegs den marxistischen Propagandaschlagworten. Wir sehen uns im Saale um und stellen fest, daß die Verhandlung durchaus nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet, sondern daß im Zuhörerraum eine ganze Reihe von Interessierten Platz genommen hat, unter denen, wie sich später herausstellt, sich auch verschiedene Verwandte der Angeklagten befinden. Ein erstes Verwundern auf den Bänken der ehemaligen marxistischen Kämpfer! Das zweite Erstaunen steht den Zuhörern zu, von denen offensichtlich verschiedene noch nicht gewußt haben, daß selbstverständlich vor dem Volksgerichtshof jedem Angeklagten ein Offizialverteidiger gestellt wird.

Sieben Menschen zwischen 25 und 45 Jahren, zwei Frauen und fünf Männer, darunter eine Halbjüdin und ein Mischling, aus den verschiedensten Berufen kommend und doch alle gleich in einem Punkt: sie alle gehörten viele Jahre lang der sozialdemokratischen Partei an, alle waren mehr oder weniger bedeutende Funktionäre.

Der Tatbestand als solcher ist klar, ohne daß allerdings die Angeklagten sich zu ihm bekennen, da sie nur „aus rein menschlichen Erwägungen" Gelder verteilt oder Pläne geschmiedet haben wollen, wie man illegale Grenzübertritte ermöglichen könne. Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime spielt insofern eine große Rolle, als diejenigen, die Geld erhalten haben, immer wieder als Opfer dieser Zeit hingestellt werden und jedes Interesse an einem weiteren organisatorischen Zusammenhalt der „Revolutionären Sozialisten" nach dem Umbruch geleugnet wird. Die Geldverteilung soll nur den Charakter einer „Liquidation" gehabt haben, gewissermaßen um das Vorhandene noch aus den Händen zu geben, und deshalb wird auch immer wieder darauf hingewiesen, daß man ja nur in der Zeit vom März bis Anfang Juli sich strafbar gemacht habe. Diese Verteidigung geht natürlich an einer Tatsache vorbei, über die sich anscheinend keiner der Angeklagten richtig im klaren ist.

Vor ihnen sitzt nämlich nicht irgend ein Gericht, das sich nur deshalb streng an den Buchstaben des Gesetzes klammert, weil es über keine andere innere Ausrichtung verfügt. Die Richter dieses Volksgerichtshofes sind Nationalsozialisten und das bedeutet, daß sie den Marxismus als politische Erscheinung aus dem jahrelangen Kampf der „Bewegung" bis ins einzelne kennengelernt haben. Das aber scheinen, wie gesagt, die Angeklagten zu übersehen, denn sonst würden sie dem Gericht nicht zumuten, zu glauben, daß sie, diese alten Funktionäre, diese langjährigen Parteikämpfer des österreichischen Marxismus nach dem Umbruch nicht gewußt hätten, was die Verteilung der Gelder bedeutet hat.

Ausriß aus dem „Völkischen Beobachter", Wiener Ausgabe vom 11. Juni 1939.

NEUES VON RECHTS

David Irving zu Recht ausgewiesen

Der englische Pseudohistoriker David Irving leugnet seit Jahren in Publikationen und Vorträgen die Verantwortung Hitlers für die Judenvergasungen und den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Im letzten Jahr trat er als Zeuge für den Neonazi Ernst Zündel in Kanada auf. Zündel wurde damals wegen Leugnung des Holocausts vor Gericht gestellt und zu neun Monaten Haft verurteilt. Am 26. 6. 1984 wollte Irving zusammen mit dem NDP-Vorsitzenden Norbert Burger und dem Obmann der Kameradschaft „Prinz Eugen" Otto Roßkopf im Café Landtmann in Wien eine Pressekonferenz abhalten. Bei dieser sollte über seine geplanten Vorträge in Wien, Salzburg, Graz und Klagenfurt zu dem Thema „Rudolf Heß, sein Friedensflug im Spiegel britischer Geheimdokumente" berichtet werden. Nachdem Irving seine Bücher präsentiert hatte, begann er über Rudolf Heß zu sprechen und meinte unter anderem, daß diesem für seinen Flug nach England der Friedensnobelpreis gebühre. Daraufhin verhängte die Staatspolizei auf Anweisung aus dem Innenministerium über ihn die Schubhaft und ein unbefristetes Aufenthaltsverbot. Er wurde in die BRD abgeschoben.

Irving erhob dagegen Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof und forderte von der Republik Österreich einen Schadenersatz wegen Verdienstentgang von ca. 180.000 Schilling. Der Verwaltungsgerichtshof gab ihm recht und erklärte die Abschiebung für rechtswidrig. Ebenso wurde ihm vom Landesgericht für Zivilrechtssachen mit Urteil vom 29. 2. 1988 hinsichtlich seiner finanziellen Forderungen recht gegeben. Dagegen hatte die Republik Österreich, vertreten durch die Finanzprokuratur, beim Oberlandesgericht Wien berufen. Dieses entschied nun mit Urteil vom 27. 2. 1989, daß die Ausweisung Irvings zu Recht erfolgt sei und er somit auch keinen finanziellen Schadenersatz bekomme.

„Die Glorifizierung von Rudolf Heß", heißt es im Urteil des Oberlandesgerichts Wien vom 27. Februar 1989, „durch die Äußerung des Klägers als anerkannter Historiker für Zeitgeschichte, Rudolf Heß gebühre für seinen Flug nach England der Friedensnobelpreis, muß beim unbefangenen Zuhörer den Eindruck erwecken, der Versuch, mit England Frieden zu schließen, um den Angriff gegen die Sowjetunion wirksamer vortragen zu können, sei eine herausragende Heldentat für den Weltfrieden . . . gewesen . . . In diesem Zusammenhang gesehen verstößt die Äußerung des Klägers als fundierter Zeitgeschichtler und Historiker über die Zeit des ‚Dritten Reiches' objektiv gegen das Wiederbetätigungsverbot des § 3 VerbotsG und läßt als Ankündigung seiner beabsichtigten Vorträge über dieses Thema die Wiederholung und Ergänzung solcher Rudolf Heß' verherrlichenden Äußerungen befürchten. Zum Verstoß gegen das VerbotsG ist ein bedingter Vorsatz ausreichend, wobei es genügt, daß sich dieser auch nur auf eines der typischen Ziele des Nationalsozialismus beschränkt."

Freispruch für Walter Ochensberger

In Feldkirch fand am 5. 4. 1989 gegen den Herausgeber der neonazistischen Zeitung „Sieg", Walter Ochensberger, ein Prozeß wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung statt, da er wiederholt die Vergasung von Menschen in Konzentrationslagern als Lüge bezeichnet hat. Zwar verurteilte ihn das Gericht wegen Verstoßes gegen das Mediengesetz zu einer Strafe von 93 Tagsätzen, von der Anklage wegen Wiederbetätigung nach § 3 Verbotsgesetz wurde er aber durch das Urteil der Geschworenen (die Abstimmung fiel 4 : 4 aus) unverständlicherweise freigesprochen.

Gegen dieses Urteil, über das der Vorsitzende Hansjörg Hauts meinte, daß Ahndungen von NS-Wiederbetätigungs-Aktivisten nach diesem Freispruch schwieriger geworden seien, meldete die Staatsanwaltschaft Feldkirch beim Obersten Gerichtshof Nichtigkeitsbeschwerde an. Antifaschistische Proteste begleiteten diesen Freispruch. So heißt es in einem Schreiben des Präsidenten der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde an Bundeskanzler Genossen Franz Vranitzky: „Die jüdische Bevölkerung in Österreich ist zutiefst betroffen vom Freispruch des wegen NS-Wiederbetätigung (§ 3 des Verbotsgesetzes) angeklagten Propagandisten der Verharmlosung des Holocaust Walter Ochensberger . . . Als Opfer des Nationalsozialismus bzw. als deren Nachkommen, schlagen wir allen politischen Parteien vor, das bestehende NS-Verbotsgesetz zu revidieren, so daß solche offensichtlichen Fehlurteile nicht mehr gefällt werden können."

Und der wissenschaftliche Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands meinte über den Verteidiger Ochensbergers in einem Brief an die Rechtsanwaltskammer für Niederösterreich: „Als Verteidiger des vor dem LG Feldkirch wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung angeklagten Walter Ochensberger hat RA Dr. Herbert Schaller in der Verhandlung am 5. 4. 1989 nach uns zugekommenen Zeitungsberichten die Behauptung aufgestellt, daß in den Konzentrationslagern des NS-Regimes keine Massenvernichtungen stattgefunden haben und einen diesbezüglichen Beweisantrag gestellt, wobei als ‚Experten' durchwegs berüchtigte ausländische Neonazis angeführt wurden. Wir ersuchen Sie daher zu prüfen, ob die Vorgangsweise von RA Dr. Schaller mit dem standesgemäßen Verhalten eines Rechtsanwaltes zu vereinbaren ist."

NDP im neuen Kleid

Unter dem Titel „Bürger-Rechts-Bewegung. Partei zum Schutz der Menschenrechte" meldete Norbert Burger eine neue Partei an. Die Statuten dieser „Menschenrechtspartei" wurden im März 1989 im „Klartext", Organ der Nationaldemokratischen Partei, veröffentlicht. Gerade zu einem Zeitpunkt, da die NDP nicht nur als Partei, sondern auch als Verein vom Innenministerium in zweiter Instanz verboten wurde. In diesem Zusammenhang soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß der NDP-ler aus Simmering, Othmar Kremser, ein neues Informationsblatt eines sogenannten „Kulturkreises Hans Staden" herausbringt.

Ein „echter Patriot"

Es ist wohl müßig, sich in die Geisteshaltung ehemaliger Nationalsozialisten hineindenken zu wollen. Ich glaube, diesbezüglich hat man ihnen zuviel Verständnis entgegengebracht. Die Arbeitslosigkeit der dreißiger Jahre, die seelische Not des durch den Versailler Vertrag „geknechteten Volkes" und was es da an Entschuldigungen noch gibt.

Wenn man das „unabhängige Mitteilungsblatt für Soldaten", „Die Kameradschaft", Nr. 4, April 1989, Seite 7, aufschlägt und das Gedicht eines echten germanischen Barden namens Pidder LÜNG liest, in dem es unter anderem heißt, „nach altem Recht, legt man sie um" und weiter „indes heute mancher oben thront, der unser Volk im Krieg verraten", schlägt einem ihr Geist entgegen. Daß dies die alte – neue – Sprache ist, die damals und heute verniedlicht und verharmlost wurde und wird, scheinen unsere, für die Demokratie Verantwortlichen, scheinen vor allen Dingen unsere Richter, nicht zu verstehen oder verstehen zu wollen.

Richtig patriotisch wird es aber, wenn man den Nachruf der Landesgruppe Salzburg auf einen Kameraden, der „völlig unerwartet zur großen Armee" abberufen wurde, liest. Hier heißt es, „schon 1934, mit 19 Jahren, rückte er freiwillig zur Verfügungstruppe (SS hat man vergessen), dem späteren Regiment . . ." ein. (Fortsetzung nebenstehend)

„Mahnung und Anspom“

Als Verantwortlicher für jenes Ressort, das für die Erhaltung dieser Weihestätte zuständig ist, weise ich darauf hin, daß meine Vorgänger sehr viel getan haben, damit Mauthausen als Erinnerungsstätte, als Mahnmal für die nachfolgenden Generationen, im ursprünglichen Zustand erhalten wird. Es wäre aber zuwenig, wenn wir uns mit einer bloßen materiellen Konservierung dieser einstigen Stätte des Terrors und des Ungeists zufriedengeben würden. Verschiedene Erscheinungen der letzten Zeit haben uns vor Augen geführt, daß wir tagtäglich gegenüber Entwicklungen wachsam bleiben müssen, die den Keim des Ungeists in sich tragen, der Mauthausen möglich gemacht hat. Die Opfer von Mauthausen und seinen Nebenlagern und darüber hinaus die Millionen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft müssen uns jeden Tag Mahnung sein und Ansporn, diesen Ungeist bereits in seinen Anfängen zu bekämpfen.

Dies erklärte Innenminister Dr. Franz Löschnak am 7. Mai 1989 bei der Befreiungskundgebung in Mauthausen.

Im Gedenkjahr 1988 waren 252.000 Menschen in Mauthausen

Im Gedenkjahr 1988 haben rund 252.000 Personen, um 50.000 mehr als im Jahr 1987, die Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen besucht. Mehr als 83.000 der Besucher waren Schüler, davon rund 14.000 aus dem Ausland. 1201 Schüler- und Studentengruppen wurden von Bediensteten des Innenministeriums, einem Lehrer auf Sonderurlaub und zwei Lehrern aus der Aktion „Beschäftigungslose Lehrer in der Erwachsenenbildung“, durch die Gedenkstätte geführt, weitere 230 Gruppen von ehemaligen Häftlingen und anderen Betreuern, teilte Innenminister Dr. Franz Löschnak mit.

Ernst Nedwed — 60

Genosse Abg. Ing. Ernst Nedwed, Vorsitzender des Wiener Bildungsausschusses der SPÖ, feierte am 26. Mai seinen 60. Geburtstag. Gen. Nedwed, der auch Vorstandsmitglied der Freiheitskämpfer ist, gehört dem Nationalrat seit 1978 an und vertritt dort auch unsere Interessen. Zum „runden“ Geburtstag gratulieren wir herzlich!

Man vergaß zu schreiben, daß die SS-Verfügungstruppe in Dachau war, es sich bei dem Verstorbenen – dessen Namen ich aus Piätet verschweigen möchte – um einen, aus seinem Heimatland geflüchteten, Nationalsozialisten gehandelt hat, der sich der SS-Verfügungstruppe, die ebenso wie die 1934 aufgestellten Totenkopfverbände, nichts, aber auch schon gar nichts mit Soldatentum zu tun hatte, sondern hauptsächlich als Konzentrationslager-Bewachungsmannschaft eingesetzt wurde, angeschlossen hatte.

Ich, als ehemaliger KZ-Häftling, verzeihe einem Toten. Ich verwahre mich aber gegen eine Geschichtsfälschung, begangen durch Unterlassung wesentlicher Tatsachen.

Hans Landauer

Das Lachout-„Dokument“ — Anatomie einer Fälschung — Neue Broschüre des DÖW

Schon seit den siebziger Jahren bemühen sich neonazistische und rechtsextreme Pseudohistoriker zu „beweisen“, daß es im Dritten Reich keine planmäßige Ermordung der europäischen Juden durch Giftgas gegeben habe. Sie konzentrierten sich dabei bisher auf die Morde im KZ Auschwitz, der größten und bekanntesten Mordfabrik des NS-Regimes.

Seit Ende 1987 haben nun österreichische Neonazis rund um die Herausgeber der Zeitschrift „Halt“ eine österreichische Variante der „Auschwitz-Lüge“, den „Mauthausen-Betrug“, konstruiert. Im November 1987 erschien in „Halt“ ein von einem „Leutnant“ Lachout gezeichnetes „Dokument“, in dem unter Berufung auf nicht näher bezeichnete „alliierte Untersuchungskommissionen“ die Vergasungen im KZ Mauthausen und einer Reihe anderer Konzentrationslager geleugnet werden.

Auf Grund der berechtigten Zweifel an der Echtheit des „Dokuments“ wurden gegen den Herausgeber der Zeitung „Halt“, Gerd Honsik, und gegen Emil Lachout seitens der Staatsanwaltschaft Voruntersuchungen wegen Verdachts des Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz und die Beschlagnahme aller Zeitungen, die dieses „Dokument“ abdruckten, beantragt. Sämtlichen Anträgen wurde seitens der zuständigen Gerichte stattgegeben. Die Verfahren gegen Honsik und Lachout laufen bereits länger als ein Jahr, ohne daß ein Ende absehbar wäre.

Emil Lachout tritt nun als Kläger gegen verschiedene Zeitungen und Personen, darunter die DÖW-„Mitteilungen“ und die Mitarbeiterin im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Mag. Brigitte Bailer, auf, weil sie ihn in Zusammenhang mit dem offensichtlich gefälschten „Dokument“ genannt und daraufhin in die Nähe neonazistischer Kreise – wo er mittlerweile gern gesehener „Zeuge“ ist – gerückt haben. In den Fällen dieser Privatanklage reagierten die Gerichte sehr rasch, keines dieser Verfahren ist jedoch bisher über die Zulassung des Wahrheitsbeweises hinausgekommen. Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs haben einen umfangreichen Wahrheitsbeweis erstellt.

Da neonazistische Kreise mit diesem offensichtlich konstruierten Lachout-„Dokument“ besonders unter Schülern breit angelegte Propaganda betreiben, gibt das Dokumentationsarchiv eine Broschüre heraus, in der die Fälschung des „Dokuments“ beleuchtet wird und eingehende Informationen über die Gaskammer von Mauthausen, die österreichische Rechtsprechung zur nationalsozialistischen Wiederbetätigung sowie die Taktik der neonazistischen NS-Verharmlosung gegeben werden.

Die 48 Seiten umfassende Broschüre kann zum Sonderpreis für Mitglieder unseres Bundes (S 30,– statt S 50,–) beim Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8, Tel. 534 36/739, bezogen werden.

Gänserndorf: Großveranstaltung der Kinderfreunde Wir sind auch dabei!

Zu einem großen Familienfest laden die Niederösterreichischen Kinderfreunde am Sonntagnachmittag des 4. Juni 1989 nach Gänserndorf ein. Auf dem Sportplatz, bei Schlechtwetter in der Sporthalle, wird den Kindern ein buntes Programm geboten. Aber auch Eltern und Jugendliche sollen Unterhaltung und Information vorfinden. Die Sozialistischen Freiheitskämpfer werden ebenso wie andere sozialistische Organisationen einen Stand aufstellen und Aufklärungsmaterial verteilen. Ferner werden wir für jung und alt einen Quiz mit interessanten Preisen veranstalten.

Unsere Freunde sind zur Teilnahme recht herzlich eingeladen.

Wissen Sie, daß in Niederösterreich . . .

- . . . in der Zeit von 1938 bis 1945 mindestens 3429 Menschen (Deutsche, Österreicher und Ausländer) von den nazistischen Schergen umgebracht wurden
- . . . 54 Gedenkstätten an die Opfer des Faschismus erinnern
- . . . seit 1945 fast 1800 Amtsbescheinigungen und über 1400 Opferausweise an die überlebenden Opfer des Faschismus ausgestellt wurden
- . . . 10 Nebenlager über das ganze Bundesland verteilt, mit mehreren hundert KZ-Häftlingen existierten, die dem KZ Mauthausen unterstellt waren.

Niederösterreichs Sozialisten und der März 1938

Vor kurzer Zeit gab das Dr.-Karl-Renner-Institut, Landesstelle Niederösterreich, eine Broschüre heraus, die sich mit dem Thema „März 1938" aus der Sicht Niederösterreichs Sozialisten befaßt. Der Feder Dr. Franz Danimanns, dem geschäftsführenden Obmann der KZ-Lagergemeinschaft Auschwitz, und Hannes Wenigers, dem Bildungssekretär der SPÖ in NÖ., entstammen die Verbindungstexte der individuellen Berichte. Den zahlreichen Recherchen ist die Sammlung kleiner aber bedeutungsvoller historischer Details zu danken. Zahlreiche einst bekannte Persönlichkeiten, aber auch solche Sozialisten, die erst durch ihren selbstlosen Einsatz zu Ruhm gelangten, finden in dieser Broschüre Erwähnung.

Es steht fest: Der Stiefel der Gestapo und der SS hinterließ auch in Niederösterreich seine tiefen Spuren. Was in dieser Broschüre behandelt wird, ist ein wichtiger erzieherischer Beitrag zum besseren Verstehen des Kampfes der Sozialisten in der Zeit des Widerstandes gegen die schwarze und braune Diktatur. Einige Restexemplare können über den Landesverband bezogen werden.

Ehrungen verdienter Funktionäre

Vor Beginn einer Landesverbandsvorstandssitzung im April 1989 wurden drei verdiente Funktionäre geehrt, und zwar **Adalbert Dietrich** aus Mallersbach, Hollabrunn, mit der Otto-Bauer-Plakette, **Franz Pesek** (85) aus St. Pölten mit dem Silbernen Ehrenteller und **Fritz Prochazka** aus Baden mit dem Silbernen Teller

Albert Dietrich hat ab Mai 1934 allwöchentlich 60 kg verbotene Druckwerke unter schwierigen Umständen über die tschechoslowakische Grenze bei Hardegg getragen und dann zur Verteilung nach Wien gebracht. Bis zum September 1935, dem Zeitpunkt, da er verraten und verhaftet wurde, transportierte er mehr als 4500 kg Material der Revolutionären Sozialisten, vor allem aber die illegale Arbeiter-Zeitung, nach Österreich. In Anerkennung seiner Verdienste wurde ihm vom Geschäftsführenden Vorsitzenden des Bundes, Genossen Otto Skritek, die höchste Auszeichnung der Sozialistischen Freiheitskämpfer überreicht.

Kampf und Aufstieg in einer Kleinstadt

Eine Ausstellung der Sozialisten in Korneuburg

Auch in Korneuburg sind die ersten 100 Jahre der österreichischen Sozialdemokraten nicht spurlos vorbei gezogen. Die Arbeiter dieser Kleinstadt – vor allem die Werftarbeiter – haben das bürgerliche Städtchen in ein sozialistisches umgewandelt. Es war ein schwerer Kampf, den die Genossen führten und viele von ihnen mußten für ihre Idee ihr Leben lassen. Zuerst war es der Kampf gegen das Dollfuß-Regime und später gegen die SS und Gestapo, die fast alle Sozialisten und Mitglieder der Gewerkschaft nach Dachau oder Auschwitz brachten, wo sie vergast wurden.

Um diese schreckliche Zeit nicht zu vergessen, hat die Sozialistische Partei Korneuburg eine Ausstellung „Kampf und Aufstieg" durchgeführt, die vom 19. Jänner bis 20. Februar 1989 gezeigt wurde.

„Es war schade, daß wir die Ausstellungsräume nur für einen Monat zur Verfügung hatten, denn das Interesse für die Ausstellung war sehr groß", meinte Gemeinderätin a. D. Grete Rodler, die nicht nur die Leiterin der Ausstellung war, sondern auch den größten Teil der Arbeit geleistet hatte.

Die Ausstellung war gut vorbereitet und sehr erfolgreich: In den vielen Vitrinen sah man Zeitungsausschnitte, die uns an die Tage erinnerten, als es noch erlaubt war, ein freies Wort zu schreiben. Man sah Fotos von Arbeitersportlern, Naturfreunden und anderen Organisationen, die bei unterschiedlichen Treffen im Ausland Österreich vertraten und ihre Mission als österreichische Sozialisten mit Würde durchführten. Man sah auch Bilder von Genossen, die gegen den Ständestaat kämpften und dafür im Kerker oder in Wöllersdorf schmachten mußten. Aber auch die Hitler-Opfer hatte man nicht vergessen, die für den Kampf um die Freiheit ihr Leben lassen mußten.

Eines der ersten Opfer des Heimwehr-Faschismus war der Obmann und Finanzstadtrat von Korneuburg, Leopold Loibl, der an den Folgen von Kerkern und Wöllersdorf im Jahre 1935, kaum 40 Jahre alt (1895 geboren), sterben mußte. Er war der Vater von Gretl Rodler. Auch ihr Onkel Johann Gruber hat die Freiheit, für die er kämpfte, nicht mehr erlebt. Er war auch führender Funktionär in der Partei und wurde für seine illegale Tätigkeit unter Dollfuß mehrmals verhaftet. Doch bei den Nazis ereilte ihn sein Schicksal: Er wurde im Jahre 1943 in Berlin-Plötzensee, hingerichtet. Mit ihm wurden auch seine Mitkämpfer Alexander Rudolf, Anton Jordan und Johann Mühl in Plötzensee mit dem Fallbeil in die andere Welt befördert. Nur Josef Schwarzböck hatte man in Wien zum Tod verurteilt.

Die Ausstellung wurde von Bürgermeister Ferdinand Icha eröffnet. Die Gedenkrede hielt Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger, der die Helden, die für ihre Idee starben, würdigte und Gemeinderätin a. D. Gretl Rodler im Namen der Landesregierung für die gute Arbeit, die sie geleistet hat, herzlichst dankte.

Erinnerungen an Heinrich Widmayer

Heinrich Widmayer, ehemaliger Nationalratsabgeordneter für den Bezirk Mistelbach, schilderte in einem Bericht die letzten Tage des Heimwehrfaschismus. Wir entnehmen daraus auszugsweise folgendes:

Wir Revolutionären Sozialisten kamen vor dem März 1938 von Zeit zu Zeit in der Wohnung des Genossen Dr. Renner zusammen. Ich berichtete Renner von meiner Einladung durch den Landeshauptmann Reiter. Am gleichen Tag fand in Floridsdorf eine Konferenz illegaler Freier Gewerkschaftsfunktionäre unter dem Vorsitz der Genossen Johann Böhm und Friedrich Hillegeist statt. Die Konferenz beschloß, an alle Vertrauensmänner heranzutreten, damit sie unter allen Umständen bei der von Schuschnigg geplanten Volksabstimmung für ein freies Österreich und gegen den Anschluß an Nazideutschland stimmen. Am Abend dieses Tages fand eine Konferenz in Korneuburg statt. Die Genossen, die direkt aus den Betrieben kamen, fanden im Gasthaus kaum Platz, so daß ich noch auf der Straße eine Ansprache halten mußte. Die einzige Großkundgebung des ganzen Wahlkreises fand in Stockerau unter dem Vorsitz des Genossen Rundstuck am 12. März statt. Als ich schon über eine Stunde über die Gewalttätigkeit des Heimwehrfaschismus gesprochen hatte und die Anwesenden aufforderte, für die von der Regierung Schuschnigg angeordnete Volksabstimmung gegen den Anschluß an Deutschland zu stimmen, drängte sich ein Mann bei der Tür herein und schrie mir zu: „Herr Referent, die Regierung ist zurückgetreten, die Volksabstimmung ist abgesagt und deutsches Militär ist in Salzburg und in Tirol einmarschiert."

Eine Reihe von Genossen begleitete mich zum Bahnhof . . . Als ich in Wien ankam, erwartete mich mein Sohn mit einem Koffer und sagte: „Die Mutter will haben, daß du sofort in die Tschechoslowakei und von dort weiter fliehen sollst, denn die Nazis werden dich sicher wieder verhaften und noch schlechter behandeln als die Heimwehrfaschisten." Ich beruhigte meinen Sohn und sagte, ich wäre 1934 nicht außer Landes gegangen und werde dies auch jetzt nicht tun.

Acht Tage hielt ich mich verborgen. Dann ging ich in die Stadt. Dort traf ich den Genossen Schneidmadl. Der sagte zu mir: „Du bist wohl verrückt, daß du noch hier bist. Die Nazi werden dich verhaften und in ein KZ bringen, von wo du überhaupt nicht mehr heimkommst." Sieben Wochen später wurde ich verhaftet.

Otto-Bauer-Plaketten-Träger in NÖ.

Folgenden sozialistischen Kämpfern und verdienten Funktionären in Niederösterreich wurde unsere höchste Auszeichnung, die Otto-Bauer-Plakette, verliehen:

1968 Josef Deutsch, Mödling
Heinrich Widmayer, Mistelbach
1973 Erwin Schramm, Wr. Neustadt
Franz Slovacek, Baden
Josef Wondrak, Stockerau
1974 Ernst Winkler, Mistelbach – Wien
1975 Hans Seitl, Schwechat
1979 Josef Rohata, Mödling
1980 Anton Gutlederer, St. Pölten
1982 Otto Gerhartl, Neunkirchen
1984 Hubert Paschinger, Neunkirchen
1986 Leo Lesjak, Gmünd – Wien
Rudolf Winter, Baden
1989 Adalbert Dietrich, Mallersbach, Bez. Hollabrunn

Wiener Neustadt

Jahresversammlung. Am 18. März 1989 hielt die Bezirksorganisation Wiener Neustadt ihre diesjährige Jahresversammlung ab. Genosse Erwin Kwech begrüßte als Obmann die gut besuchte Versammlung und konnte unter anderen den Bezirkssekretär Karl Kraushofer als Vertreter der Partei begrüßen. Sodann gedachte man unserer Toten, Genossen Otto Kusmits, Genossen Karl Kohlhauser und Genossin Auguste Überriegler, durch Erheben von den Sitzen.

Das ausführliche Referat über die geleistete Jahresarbeit des Obmannes Erwin Kwech fand volle Anerkennung aller Anwesenden. Genosse Max Gindl brachte den Kassenbericht als Kassier, der von der Kontrolle als richtig bestätigt wurde.

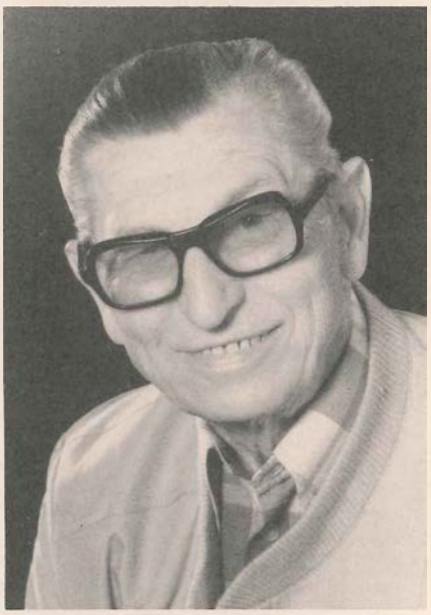
Hierauf trat der Obmann des Wahlvorschlagskomitees, Stadtrat Othmar Trofer, in Funktion und brachte folgenden Vorschlag für die Neuwahl des Bezirksausschusses für 1989/90:

Ehrenobmann:	Erwin Schramm
Obmann:	Erwin Kwech
Obmannstellv.:	Felix Hauser
Kassier:	Max Gindl
Kassierstellv.:	Franz Eidler
Kontrolle:	GR Peter Gyer
	Stefan Kuzcera
Schriftführer:	Elfriede Lirsch
Schriftführerstellv.:	Erika Hahnler
Pressereferent:	Walter Edelbauer
Beisitzer:	NR Dr. Johann Stippel
	Dir. Albert Janecek
	Bez.-Sekr. Karl Kraushofer
	Prof. Kurt Wehrl

Alle vorgeschlagenen Funktionäre fanden die einstimmige Anerkennung. Anschließend hielt Genosse Walter Faderny ein Referat zur politischen Lage.

Mödling

Josef Rohata – 80 Jahre. Im Kreise einer großen Freundesschar feierte Josef Rohata Mitte April seinen 80. Geburtstag. Funktionäre des Landesverbandes Niederösterreich, der Bezirksgruppe und der Geschäftsführende Obmann des Bundesvorstandes Otto Skritek, aber auch Vertreter anderer Organisationen, waren erschienen: Für die SPÖ-Niederösterreich Landessekretär Ewald Wagner, für den sozialistischen Landtagklub NÖ. Dr. Franz Slawik, für die Bezirksorganisation der SPÖ in Mödling AK-Präsident Josef Hesoun und SPÖ-Bezirkssekretär Hans Karl Uhl. Unter den Gratulationsrednern befanden sich die Vertreter der Volkshilfe Hermine Regal und Engelbert Lepic. Namens des Landesverbandsvorstands in Niederösterreich überbrachte Landesverbandsobmann Leo Lesjak die besten Wünsche.



Josef Rohata, dessen Namen auch über die Grenzen des Bezirkes Mödling hinaus einen guten Klang hat, verdiente sich diese große Ehrung. Schon in Jugendjahren war er ein bildungsbeflissener und verläßlicher Funktionär der Arbeiterbewegung. Nach dem Zweiten Weltkrieg oblag ihm die Führung des Parteisekretariats im Bezirk. Außerdem gehörte er viele Jahre dem niederösterreichischen Landtag und dem Mödlinger Gemeinderat an.

Für seine verdienstvolle Tätigkeit wurden ihm im Laufe der Jahre mehrere hohe Auszeichnungen zuteil. Für seinen Einsatz in der Illegalität verlieh ihm der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer schon vor zehn Jahren die Otto-Bauer-Plakette.

HERRN/
SCHWANTNER JOHANNES
3000004688
DARRINGERGASSE 14/25/6
1190 WIEN

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010
P. b. b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden an den Absender

NOT IM HEILIGEN LAND

Wo Chaos und Krieg das Leben der Menschen zur Hölle auf Erden machen, ist unsere Hilfe die letzte Hoffnung.

Palästinahilfe 1989

Auch ich möchte helfen! Bitte senden Sie mir Informationsmaterial zu.

Name: _____

Adresse: _____

HELFEN STATT WEGSCHAUEN **VOLKSHILFE**

Bitte Kupon ausschneiden, auf eine frankierte Postkarte kleben und an ÖSTERREICHISCHE VOLKSHILFE, Auerspergstraße 4, 1010 Wien, einsenden.

Wir danken dem Verlag für die Unterstützung durch die kostenlose Einschaltung dieser Anzeige.

Oberösterreich

Jahreshauptversammlung des Kontaktkomitees. Ganz im Zeichen der Aktivitäten des abgelaufenen Berichtszeitraumes und der Diskussion über sozialistische Moral stand die 3. Jahreshauptversammlung des Kontaktkomitees der sozialistischen Freiheitskämpfer Oberösterreichs am 26. Jänner 1989 im Linzer Dametzsaal.

In geheimer Wahl wurde nachstehender Landesvorstand neu gewählt:

Vorsitzender:	Otto Kriegisch
Vorsitzender-Stv.:	Horst Simmer
Schriftführung:	Maria Kriegisch
Schriftführung-Stv.:	Ing. Josef Egger
Bildung:	Dr. Aurel Moser
Bildung-Stv.:	Fritz Bader
Öffentlichkeitsarbeit:	Sonja Simmer
Organisation:	Alfred Gruber

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.

Wieden

Jahresversammlung. Bei der Jahresversammlung der Bezirksgruppe Wieden am 3. April 1989 wurde Genossin Stefanie Fahn als Vorsitzende wiedergewählt. Zu ihrem Stellvertreter wurde Genosse Leopold Jappel gewählt. Weiters gehören dem Bezirksgruppenvorstand folgende Genossinnen und Genossen an: Theodor Hornung als Kassier, Wilma Kochmann und Kurt Wagner als Schriftführer, Luise Seitler, Berta Kracher und Georg Jordan als Mitglieder der Kontrolle sowie Stefanie Dytrich, Marie Bründler und Franziska Kana als Beisitzer.

Neubau, Mariahilf, Josefstadt

Jahresversammlung. Am 8. März 1989 fand die Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Bezirksgruppen Neubau, Mariahilf und Josefstadt statt. Genosse Franz Mödlagl legte den Vorsitz der Bezirksgruppe Neubau aus persönlichen Gründen zurück. Zum neuen Vorsitzenden wurde einstimmig Genosse Heinz Popelka gewählt. Die Wahl des Vorstandes erfolgte ebenfalls einstimmig:

Vorsitzender:	Heinz Popelka
Stellv.:	Paul Kunz
Stellv.:	Ferdinand Wasserberger
Kassier:	Katharina Popelka
Schriftf.:	Margit Czernetz
Beisitzer:	Hans Brosch
	Margarete Schnekker
	Franz Mödlagl
	Karl Hosztynek
Kontrolle:	Eugen Skala

Zu Beginn der Versammlung überbrachte Bezirksvorsitzender-Stellvertreterin Christa Bammer die Grüße der Bezirksorganisation Neubau.

Nach den Berichten und der Wahl wurden zwei Genossen, Franz Mödlagl und Karl Hosztynek, mit der „Geschenkvase" für ihre lange Mitarbeit geehrt.

Im Anschluß sprach der Vorsitzende des Wiener Bildungsausschusses, Abg. z. NR Ing. Ernst Nedwed. Er zeichnete eine sehr realistische und nüchterne politische Situation von Österreich und der SPÖ. Nach einer Analyse der letzten Wahlen warnte er, wie schon so oft, vor der Entwicklung in der FPÖ und damit verbunden vor der Gefahr von rechts.

Nach einer regen Diskussion dankte der neue Vorsitzende im Namen des gewählten Vorstandes noch einmal für das Vertrauen und schloß die Konferenz.

An unsere Leser!

Aus Platzgründen mußte die Rubrik „Sprechstunde" in dieser Nummer unserer Zeitung entfallen. Wir bitten um Verständnis. Redaktionsschluß für die Nummer 7/8 ist der 30. Juni 1989.